GLOBAL 16.11.2026 | Alexandra Sitenko

Kein Spielball

Russland baut seinen Einfluss in Afrika aus. Wer darin eine Bedrohung für Europa sieht, unterschätzt das neue afrikanische Selbstbewusstsein.

Am 21. Februar 2022 hielt Kenias UN-Botschafter Martin Kimani eine Rede, die in den EU-Mitgliedstaaten große Anerkennung fand. Vor dem Sicherheitsrat verteidigte er die territoriale Integrität der Ukraine und formulierte zugleich eine eigenständige afrikanische Perspektive auf die internationale Ordnung: Souveränität und die Zurückweisung imperialer Ansprüche. Seine Rede wurde als eindrucksvolles Plädoyer gegen Expansionismus aufgenommen. Es schien, als teilten die afrikanischen und die europäischen Staaten eine gemeinsame Sicht auf die internationale Ordnung.

Fast fünf Jahre später stellt sich angesichts der wachsenden russischen Präsenz in Afrika die Frage: Was bedeutet diese Vorstellung von internationaler Ordnung für Afrikas Beziehungen zu Russland und für den Umgang der EU mit einem Kontinent, dessen Staaten ihre außenpolitischen Optionen immer selbstbewusster erweitern?

Der Einfluss der EU-Staaten in Afrika wird nicht dadurch infrage gestellt, dass afrikanische Länder ihre Beziehungen zu Russland und China ausbauen. Darin liegt kein Widerspruch zu ihrem Anspruch auf Souveränität. Afrikanische Staaten wollen ihre internationalen Partnerschaften selbst bestimmen. Entscheidend ist vielmehr, ob die EU die wachsende außenpolitische Eigenständigkeit dieser Länder anerkennt oder ob sie ihre Partnerschaften primär durch die Brille geopolitischer Konkurrenz betrachtet.

Russlands Annäherung an Afrika ist Teil einer umfassenderen Strategie, sich als Machtzentrum in einer multipolaren Welt und als Partner des Globalen Südens zu positionieren. In der außenpolitischen Konzeption von 2023 wurde Afrika gegenüber der Fassung von 2016 deutlich aufgewertet. Moskau erklärt darin, die Entwicklung Afrikas zu einem eigenständigen und einflussreichen globalen Akteur unterstützen zu wollen. Als Prioritäten nennt das Dokument die Stärkung der afrikanischen Souveränität sowie die Zusammenarbeit in Sicherheits-,

Wirtschafts- und Entwicklungsfragen.

Die antikoloniale Rhetorik ist ein gezielt eingesetztes geopolitisches Instrument.

Die antikoloniale Rhetorik ist dabei ein gezielt eingesetztes geopolitisches Instrument. Auf dem Russland-Afrika-Gipfel im Oktober 2026 etwa stellte Präsident Putin Russland und die afrikanischen Staaten als natürliche Verbündete beim Aufbau einer multipolaren Welt und bei der Überwindung kolonial geprägter Wirtschaftsstrukturen dar. Er sprach sich zudem für eine stärkere afrikanische Repräsentation in internationalen Institutionen aus, insbesondere in der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds.

Doch es geht um mehr als Rhetorik. Russland unterlegt seine Strategie mit konkreten Angeboten: Es bleibt einer der wichtigsten Lieferanten von Mineraldüngern auf dem Kontinent, baut in Ägypten mit El-Dabaa das erste Atomkraftwerk Nordafrikas und unterhält enge Bildungsbeziehungen zu afrikanischen Ländern, mit rund 37 000 afrikanischen Studierenden an russischen Hochschulen.

Die Sicherheitspolitik bildet eine zentrale Säule der russischen Präsenz. Im Sahel bietet Moskau Regierungen, die ihre Beziehungen zu westlichen Partnern beendet haben, militärische Unterstützung und Ausbildung durch das Afrikakorps an. Inzwischen ist diese Einheit in Mali, Burkina Faso, Niger, Libyen, der Zentralafrikanischen Republik und in Äquatorialguinea aktiv. Zugleich dient diese Präsenz der Absicherung russischer geopolitischer und wirtschaftlicher Interessen. Die Verknüpfung von Sicherheitskooperation und Ressourcenzugang wirft jedoch Fragen nach Transparenz und den langfristigen Folgen auf. Gleichzeitig zeigt diese Kooperation auch, dass Russland Sicherheitsbedürfnisse anspricht, auf die westliche Partner offenbar keine ausreichenden Antworten gefunden haben.

Russische Unternehmen bieten afrikanischen Staaten Kooperation bei der Verarbeitung ihrer Rohstoffe und beim Aufbau industrieller Kapazitäten an. In Mali begann Russland 2025 mit dem Bau einer Goldraffinerie in Bamako, während Nigeria 2026 mit dem russischen Unternehmen Areal den Bau einer Goldraffinerie im Bundesstaat Niger vereinbarte. Mit Ghana verständigte sich Moskau kürzlich auf die Zusammenarbeit bei einem geplanten Kernkraftwerk. Diese Projekte sollen die Verarbeitung von Rohstoffen und die industrielle Entwicklung vor Ort fördern. Damit greift Russland ein zentrales Entwicklungsinteresse afrikanischer Staaten auf: mehr lokale

Wertschöpfung und industrielle Eigenständigkeit.

Eine Besonderheit russischer Energieprojekte liegt in ihren Finanzierungsmechanismen. Staatliche Kredite werden nicht als frei verfügbare Mittel an afrikanische Regierungen ausgezahlt, sondern zur Finanzierung konkreter Projekte eingesetzt. Die Gelder fließen an russische Unternehmen, die Anlagen errichten und russische Ausrüstung liefern. Gleichzeitig erschweren westliche Sanktionen gegen das russische Finanzsystem die Zahlungsabwicklung. Auf dem Gipfel 2026 wurde deshalb die Entwicklung alternativer Zahlungsmöglichkeiten diskutiert.

Die derzeitige wirtschaftliche Bedeutung Russlands sollte dennoch nicht überschätzt werden. Der bilaterale Handel erreichte 2025 rund 27,7 Milliarden US-Dollar. Zum Vergleich: Das Handelsvolumen Afrikas mit der EU lag bei etwa 385 Milliarden, mit China bei mehr als 348 Milliarden US-Dollar. Russland ist keineswegs Afrikas wichtigster Wirtschaftspartner. Seine Attraktivität beruht vielmehr auf spezifischen Angeboten und der Möglichkeit für die afrikanischen Länder, ihren Interessen international stärker Geltung zu verschaffen. Für die EU liegt darin eine unbequeme Erkenntnis: Wirtschaftliche Stärke allein garantiert noch keine politische Nähe.

Die Zusammenarbeit mit Moskau bedeutet keineswegs, dass afrikanische Länder Russlands Krieg gegen die Ukraine unterstützen oder sich einem geopolitischen Lager anschließen. Die Teilnahme von Kenias Präsident William Ruto am diesjährigen Russland-Afrika-Gipfel in Moskau macht vielmehr deutlich, dass die Kritik an Russlands imperialer Attitüde und die Bereitschaft zur pragmatischen Kooperation für Nairobi kein Widerspruch sein müssen.

Die rege Teilnahme am Gipfel – 48 der 54 afrikanischen Staaten, darunter 22 auf höchster Ebene – ist nicht in erster Linie als politische Unterstützung Moskaus zu verstehen. Sie zeigt vielmehr das Interesse dieser Regierungen, alternative Partnerschaften auszuloten. Bemerkenswert ist, dass auch Staaten vertreten waren, die nicht zu Moskaus traditionellen Verbündeten zählen, wie etwa Liberia oder Sierra Leone.

Die afrikanischen Regierungen verfolgen unterschiedliche Interessen und Strategien. Für viele bietet die Zusammenarbeit mit Russland aber die Gelegenheit, internationale Partnerschaften für Industrialisierung und technologische Entwicklung zu diversifizieren und ihren Verhandlungsspielraum gegenüber großen globalen Akteuren zu stärken. Das entspricht auch den Zielen der Afrikanischen Union: Deren Agenda 2063 fordert eine stärkere globale Rolle Afrikas, sozioökonomische

Transformation, industrielle Wertschöpfung und eine strategische Neuausrichtung internationaler Partnerschaften auf afrikanische Entwicklungsprioritäten.

Die multipolare Welt eröffnet afrikanischen Staaten die Möglichkeit, ihre Interessen selbstbewusster durchzusetzen. Russland ist dabei ein Partner unter mehreren, nicht notwendigerweise der wichtigste oder verlässlichste. Der plötzliche Abbruch der Zusammenarbeit nach dem Zerfall der Sowjetunion ist noch in schmerzlicher Erinnerung.

Die Antwort der EU sollte nicht darin bestehen, afrikanische Staaten vor die Wahl zwischen geopolitischen Lagern zu stellen.

Für Deutschland und die EU liegt die Herausforderung nicht allein im Wettbewerb mit China und Russland. Afrikanische Staaten erwarten Kooperation statt einer Beziehung, die sie als hierarchisch oder paternalistisch wahrnehmen. Eine Diskussion bei der Vorstellung des *German Reputation Radar 2026* in Berlin brachte diese Wahrnehmung auf den Punkt. Eine Panelistin aus dem Senegal kritisierte das Narrativ „Wir sind hier, um euch zu helfen“. Gesucht werde Kooperation statt Entwicklungshilfe im herkömmlichen Sinne: ein Austausch auf Augenhöhe, von dem beide Seiten profitieren.

Dass Deutschland seine Beziehungen zum Globalen Süden neu ausrichten muss, scheint inzwischen auch politisch Konsens zu sein. Die im Juni 2026 eingesetzte entwicklungspolitische Nord-Süd-Kommission soll neue Partnerschaftsmodelle und Empfehlungen für die deutsche Entwicklungspolitik in einer multipolaren Welt erarbeiten. Entscheidend wird sein, ob daraus eine Zusammenarbeit entsteht, die afrikanische Prioritäten tatsächlich stärker berücksichtigt.

Die Antwort der EU sollte nicht darin bestehen, afrikanische Staaten vor die Wahl zwischen geopolitischen Lagern zu stellen. Vielmehr gilt es, ihre Entwicklungs- und außenpolitischen Prioritäten gleichermaßen zu berücksichtigen und afrikanische Staaten als eigenständige Akteure bei der Gestaltung der globalen Ordnung einzubeziehen.

Konkret bedeutet das für Deutschland und die EU: industrielle Wertschöpfung und Technologietransfer stärken, Infrastruktur, Energie und regionale Verbindungen fördern, afrikanische Unternehmen und lokale Expertise systematisch einbeziehen und politische Dialoge nicht auf Migrationsfragen reduzieren. Initiativen wie *Global Gateway* können hierfür einen Rahmen bieten, sofern sie auf gemeinsam definierten

Interessen beruhen und messbare Ergebnisse ermöglichen.

Kimanis Rede von 2022 erinnerte die EU an eine grundlegende Einsicht: Afrikanische Staaten sind nicht bloß Schauplätze internationaler Konkurrenz. Sie besitzen eigene Vorstellungen von Souveränität, Entwicklung und internationaler Ordnung und handeln danach. Wer afrikanische Staaten als gleichberechtigte Partner gewinnen will, muss akzeptieren, dass sie ihre Partner selbst wählen – auch wenn diese Entscheidungen europäischen Interessen widersprechen.



Alexandra Sitenko
Berlin

Dr. Alexandra Sitenko ist unabhängige Politikberaterin und Wissenschaftlerin. Sie beschäftigt sich mit Fragen der globalen Friedens- und Sicherheitsordnung, der Geopolitik in Eurasien und den Beziehungen zwischen Russland und dem Globalen Süden.